Freie Demokraten im Hessischen Landtag

BELASTUNG VON SCHULLEITUNGEN UND LEHRKRÄFTEN

27.06.2018

- **Realitätsverweigerung der Landesregierung gefährdet Bildungschancen der Kinder**
- **Maßnahmen zur Entbürokratisierung und Entlastung gefordert**
- **Lehrerverbände beklagen Desinteresse des Kultusministeriums**

Am 14. Juni 2018 fand eine Anhörung zur Arbeitsbelastung der Schulleitungen und Lehrkräfte an hessischen Schulen statt, deren Ergebnisse der schulpolitische Sprecher Wolfgang GREILICH im Rahmen der heutigen Pressekonferenz präsentierte: „In den letzten zwei Jahren sind die Belastungsanzeigen der Schulen dramatisch angestiegen. Schulleitungen und Lehrkräfte beklagten mehrfach, dass die Aufgaben und die Herausforderungen wie Integration, Inklusion, Umgang mit Heterogenität und Ganztagsangeboten nicht mehr angemessen bewältigt werden können. Die Situation an den Schulen führt zu Qualitätseinbußen, die die Schulen nicht länger hinnehmen wollen. Die von uns beantragte Anhörung zu diesem Thema durch den zuständigen Landtagsauschuss hatte die schwarz-grüne Koalition bedauerlicherweise abgelehnt, weshalb wir uns dazu entschieden hatten, diese auf eigene Initiative durchzuführen. Es ist mehr als bedauerlich, dass weder Kultusminister Prof. Lorz oder Staatssekretär Lösel noch die bildungspolitischen Sprecher der Regierungsfraktionen unserer Einladung gefolgt sind. Ihr Fehlen bei der Anhörung dokumentiert das Desinteresse der schwarz-grünen Landesregierung an der Realität an unseren Schulen überdeutlich.“

Die Anzuhörenden von Lehrer-, Schulleiter- aber auch Schulaufsichtsbeamtenverbänden kamen übereinstimmend und ohne Ausnahme zu dem Ergebnis, dass in den letzten Jahren neue Aufgaben auf die Schulen übertragen wurden, jedoch ohne die dafür

Abgerufen am 17.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=8979

notwendigen Ressourcen bereitzustellen und den damit verbundenen Arbeitsaufwand realistisch einzuordnen. Dies bestätigte auch Elisabeth WALDORFF, Vorsitzende des Landesverbands Hessen der Bundesvereinigung der Oberstudiendirektoren: „Seit Jahren beobachten wir die Zunahme an Verwaltungstätigkeiten an den Schulen und das Herunterbrechen von Aufgaben von der Ebene der Staatlichen Schulämter auf die Schulleitung. Diese Aufgaben müssen initiiert, moderiert, evaluiert und dokumentiert werden, denn heute umfasst die Schulleitertätigkeit Aufgaben der Führung, Steuerung, Moderation, Management, Beratung und Verwaltung. Wir haben deshalb ein Arbeitszeitgutachten in Auftrag gegeben, das die Vielfältigkeit der Aufgaben und die während der letzten Jahre gewachsene Arbeitsbelastung der Direktorinnen und Direktoren dokumentiert. Wir haben uns nicht nur ein Anstoßen dieser Debatte versprochen, sondern vor allen Dingen haben wir uns erhofft, an dieser Stelle einmal ernst genommen zu werden.“

Waldorff weiter:

„Wir stellen fest, dass die Verwaltungsaufgaben uns sehr viel Zeit nehmen, und zwar für die wichtigen Dinge, für die pädagogischen Fragestellungen, für die Gespräche mit Schülerinnen und Schülern, mit Eltern, mit immer komplizierter werdenden Elternhäusern und überhaupt mit Erziehungsfragen. Dazu bleibt keine Zeit. Deshalb fordern wir eine Anpassung des Berufsbildes und der Arbeitsbedingungen für Schulleiterinnen und Schulleiter durch die Einstellung von Assistenzkräften in der Verwaltung und die Erhöhung der Leitungsdeputate“

Diesen Ausführungen schloss sich auch Jürgen HARTMANN, Vorsitzender des Hessischen Philologenverbandes an. Er hob hervor: „Es ist Aufgabe des Ministeriums und der Politik, die Schulen auskömmlich mit Lehrkräften und Schulverwaltungsangestellten auszustatten, ggf. Deputatsstunden anzupassen sowie die Zusammenarbeit von Lehrern mit den entsprechenden Fachkräften zu unterstützen. Der Hessische Philologenverband fordert, den vom Kultusministerium zusätzlich auf die Schulleitungen und Schulen übertragenen Aufgaben angemessen Rechnung zu tragen. Deshalb ist eine Überprüfung der Leitungsfreistellungen und der Pflichtstundenzahl dringend erforderlich. Es muss gewährleistet sein, dass die Arbeitszeit für die Bewältigung der Leitungsaufgaben ausreicht. Viele der den Lehrkräften übertragenen organisatorischen und strukturellen Tätigkeiten könnten von Verwaltungskräften übernommen werden, wenn sie weder einen

Abgerufen am 17.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=8979

fachwissenschaftlichen noch einen pädagogischen Bereich betreffen. Genannt seien hier stellvertretend die Verwaltung der freien Lernmittel, die Haushaltsführung, die Führung von Schulgiro- und Klassenkonten, die Betreuung der EDV-Netzwerke und generell die Aktenführung und Ablage.“

Die Freien Demokraten haben die in der Anhörung hervorgebrachten zentralen Forderungen aufgegriffen und einen Antrag in den Landtag eingebracht. „Wir wollen beste Bildung für alle und dafür brauchen wir motivierte und engagierte Lehrerinnen und Lehrer sowie Schulleitungen, die sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können. Wir fordern, dass die Landesregierung sich nicht weiter hinter statistischen Daten versteckt. Anstatt stückweise einzelne unserer Forderungen in die Wahlprogramme der Regierungsparteien zu übernehmen, sollte die schwarz-grüne Landesregierung jetzt Maßnahmen auf den Weg bringen. Das Motto des Kultusministers ‚Nichts hören – nichts sehen – nichts sagen‘ gefährdet die Bildungschancen unserer Schülerinnen und Schüler und ist verantwortungslos“, so Wolfgang Greilich abschließend.

Den Antrag zum Thema finden Sie hier.

Die Zitate aus den Stellungnahmen zur Anhörung finden Sie hier.

Kontakt:
Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de

Abgerufen am 17.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=8979